



Politischer Bericht Slowakei September 2005

Politische Ungewissheiten (auch) im „Tigerstaat“ Slo- wakei

Nach den Wellengängen des deutschen Wahlkampfs muss die Slowakei für deutsche Unionspolitiker geradezu als Traumland an Reformfreudigkeit erscheinen. Was hier allein in den vergangenen drei Jahren im Steuer- und Sozialsystem umgekämpft wurde, um für Investoren attraktiver zu werden, sucht seinesgleichen. Nicht umsonst hat die Weltbank das Land im Vorjahr in ihrer Studie "Doing Business in



2005" als "reformorientierteste Wirtschaft der Welt" eingestuft und speziell den "alten" EU-Mitgliedern zur Nachahmung empfohlen. Aber wenigstens eines machen die Slowaken neuerdings den Deutschen nach: Sie wissen nicht mehr so recht, wie es mit der Regierung weitergehen soll. Während aber in Deutschland die Wahlen erst die Ungewissheit verstärkten, lautet die Frage in der Slowakei noch, ob und wann vorge-

zogene Neuwahlen stattfinden sollen.

Parlamentskrise verstärkt Ruf nach Neuwahlen

Seit Herbst 2002 amtiert in Bratislava die bereits zweite vom christdemokratischen Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda geführte Regierung. Während sein erstes Kabinett (1998 bis 2002) ein vom österreichischen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel als "wunderschön bunt" bezeichnetes Spektrum an konservativen bis exkommunistischen Parteien umfasste, das sich zwar viele Reformen vornahm, aber wegen innerkoalitionärer Gegensätze wenige verwirklichte, beeindruckte die gegenwärtige Regierung von Anfang an durch ein atemberaubendes Reformtempo. Doch obwohl die aus drei christdemokratisch orientierten und einer kleinen liberalen Partei zusammengesetzte Koalition zunächst nicht nur in wirtschaftspolitischen Fragen homogen erschien, verlor sie schon nach einem Jahr durch Parteispaltungen und -austritte ihre Parlamentsmehrheit und ist seitdem auf wechselnde Unterstützung von oppositionellen und "unabhängigen" Parlamentariern

angewiesen. Seit im August der liberale Partner mehr oder weniger "abhanden gekommen" ist, wird das Regieren für Dzurinda immer noch schwieriger.

Nachdem das Parlament mehr als eine Woche beschlussunfähig gewesen war, steuert die Slowakei auf Neuwahlen zu. Ob sie auch wirklich dort ankommen wird, steht aber noch nicht fest. Reguläre Wahlen wären erst im September 2006 vorgesehen. Die Landeswährung Slowakische Krone reagierte jedenfalls schon zu Beginn der Krise mit einem - allerdings mäßigen - Kursverfall auf die beunruhigende Entwicklung. Nachdem Parlamentspräsident Pavol Hrušovský (Christlich-demokratische Bewegung - KDH) seit 12. September immer wieder vergeblich versuchte, wenigstens die Sitzung zu eröffnen und die Tagessordnung zu beschließen, schloss sich auch seine Partei dem Koalitionspartner SMK (Partei der Ungarischen Koalition) in der Ansicht an, dass Neuwahlen "zum frühestmöglichen Zeitpunkt" der sauberste Weg aus der gegenwärtigen Ungewissheit der Minderheitsregierung wären. Doch die stärkste der Regierungsparteien, nämlich die Slowakische Demokratische und Christliche Union (SDKÚ) von Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda, ist derzeit wegen schlechter Umfrageergebnisse wenig begeistert von vorgezogenen Wahlen. Sie setzt auch in Hinblick auf das begonnene Reformwerk auf Zeit: Im letzten noch vorgesehenen Regierungsjahr, so prophezeit Dzurinda, würden die Früchte der bisherigen Reformen erst so richtig sichtbar. Die Wirtschaft ist schon jetzt sichtbar in Schwung, mit Wachstumsraten von über fünf Prozent lag die Slowakei schon in den vergan-

genen beiden Jahren im europäischen Spitzensfeld. Bei genügend Zeit könnten auch die enorme Arbeitslosenrate und der Lebensstandard der breiten Bevölkerung einen deutlicheren Trend zur Besserung zeigen und somit ein besseres Wahlergebnis bringen, als Dzurinda die aktuellen Umfragewerte verheißen. Die Ungarn-Partei SMK hat

bereits einen Gesetzesantrag für vorgezogene Wahlen im März vorbereitet, den sie demnächst ins Parlament bringen möchte. Damit so ein Antrag aber Erfolg hat, muss ihm die Verfassungsmehrheit von 90 der 150 Parlamentsabgeordneten zustimmen.

Eine erste Hürde besteht aber schon darin, dass die Koalitionsparteien vereinbart haben, so schwierige Anträge zu unterlassen, wenn sich innerhalb der Koalition eine Partei querlegt - was die SDKÚ wohl tun wird.

Eskaliert ist die aktuelle Krise, nachdem diese drei christdemokratischen Parteien ihre bisherige Koalition mit dem vierten Partner, der liberalen Allianz des Neuen Bürgers (ANO) formell aufgekündigt hatten. Damit sahen nämlich die Opposition und die zahlreichen, aus verschiedenen Regierungs- und Oppositionsparteien ausgetretenen "Unabhängigen" die Chance gekommen, mit einer Demonstration der Stärke ihren Einfluss zu vergrößern. Obwohl großteils im Parlamentsgebäude anwesend, blockierten sie den für 12. September vorgesehenen Beginn der regulären Parlamentssitzung durch Abwesenheit von der



Sitzung. Die schon seit mehr als zwei Jahren als Minderheitskabinett regierende Rest-Koalition brachte alleine nicht die notwendige Anwesenheitsquote von 76 der 150 Abgeordneten zusammen. Dieses Szenario wiederholte sich dann mehrmals, bis am 21. September doch mit Müh und Not eine ausreichende Zahl von Abgeordneten zur Mitarbeit "überredet" werden konnte. Theoretisch sollte die Blockade eigentlich Neuwahlen erzwingen. Wirklich echt ist das Interesse an Neuwahlen aber nicht bei allen "Blockierern": Die von Róbert Fico geführte Linkspartei Smer-Sozialdemokratie kann zwar laut allen Umfragen auf deutliche Stimmengewinne hoffen. Doch die mit ihr heillos zerstrittene Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS-LS) von Ex-Premier Vladimír Mečiar könnte bestenfalls ihre gegenwärtige Position halten und will sowieso nicht mit Smer eine neue Koalition bilden. Für die ANO wiederum wären Neuwahlen derzeit überhaupt tödlich, da sie sich eben in eine in die Opposition abgewanderte Partei und einen regierungstreuen Parlamentsklub gespalten hat, die sich gegenseitig das Recht auf Weiterführen des Parteianamens streitig machen. Und erst recht würden die bereits mehr als 30 Parteiunabhängigen samt und sonders aus dem Parlament fliegen.

Reform-Vorbild für Deutschland?

Dabei kann sich international sehen lassen, was die nun politisch schwach gewordene Dzurinda-Regierung an Reformen vollbracht hat. Für Deutschland mag manches

davon - je nach politischer Perspektive - als Vorbild oder abschreckendes Beispiel dienen. Erwähnenswert ist, dass die slowakische Bevölkerung die im Folgenden kurz zusammengefassten Reformen ohne große Proteste und Streiks geschluckt hat. Wie gut die Auswirkungen für das Land tatsächlich sind, ist politisch umstritten: Ausländische Investoren fühlen sich tatsächlich angeprochen - die Slowakei erwartet für die kommenden Jahre einen wahren Boom an Auslandsinvestitionen, vor allem aus der Autoindustrie. Gewerkschafter und Linksopposition kritisieren hingegen, die Regierung Dzurinda mache die Slowaken mit ihrer "unsozialen Politik" zu den "Bettlern Europas", und dabei kämen die Auslandsinvestoren in Wirklichkeit gar nicht "wegen irgendwelcher Reformen" (Robert Fico), sondern wegen der im Vergleich zu fast allen EU-Ländern niedrigsten Löhne.



Das neue EU-Land Slowakei gilt als Paradebeispiel für die Einheitssteuer als Kernstück einer radikalen Steuerreform. Je nach politischer und sozialer Position sehen sich die Slowaken ihrem Finanzminister *Ivan Mikloš* folgend als "internationale Vorreiter" oder in den Worten von Oppositonspolitiker Fico als "zu einem Massenexperiment missbrauchte Versuchskaninchen". Im Zuge einer radikalen Umgestaltung des Steuersystems hat die Mitte-Rechts-Regierung unter dem christdemokratischen Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda mit Wirkung ab 1. Januar 2004 auf einen Schlag alle Steuerstufen und Ausnahmen abge-



schafft. Seitdem gilt für alle Privatpersonen und Firmen von der Blumenverkäuferin bis zum Konzernchef und vom Einmannbetrieb bis zu den Landesniederlassungen der internationalen Autokonzerne der selbe Steuersatz. Die von der Höhe des Einkommens abhängige Einheitssteuer wurde mit 19 Prozent noch deutlich niedriger angesetzt, als in Deutschland diskutiert. Dividenden sind überhaupt steuerfrei. Die Argumentation des slowakischen Finanzministeriums dafür: Jedes erworbene Kapital soll nur einmal besteuert werden. Dividenzahlungen seien aber schließlich nichts anderes als Transfers von Vermögen, das schon im Zuge seiner Entstehung besteuert worden sei. Dieselbe Begründung gilt für die selbstverständliche Steuerfreistellung von Schenkungen und Erbschaften. Den Oppositorvorwurf, eine Steuerreform nur zum Vorteil der Reichen gemacht zu haben, lässt die Regierung nicht gelten: Die Vereinfachung des Steuersystems nütze gerade den weniger Privilegierten, die sich keine Steuerberater leisten könnten. Außerdem werde damit die Korruption ebenso gemindert wie der Anreiz zur Steuerhinterziehung. An das von Friedrich Merz stammende Schlagwort von der "Bierdeckel"-Steuerreform erinnert die Devise des slowakischen Finanzministers Ivan Mikloš: Das Steuersystem müsse so einfach sein, dass jeder Bürger ohne genaue Kenntnisse des Steuerrechts in der Lage sei, allein mit einem Taschenrechner selbst auszurechnen, wie viel Steuern er zu bezahlen habe. Mit der Steuerreform Hand in Hand sind auch zahlreiche andere Reformen durchgeführt worden. Nicht zu unterschätzen sind beispielsweise die kräftige Liberalisie-

rung des zuvor sehr rigorosen Kündigungsschutzes und der Wegfall von einer Reihe bürokratischer Hürden bei der Firmengründung. Nicht zuletzt Bundeskanzler Schröder hatte im Vorjahr das "Steuerdumping" von EU-Ländern wie der Slowakei kritisiert. Angela Merkel hatte daraufhin bei einem Besuch in Bratislava im April 2004 die slowakische Regierung in Schutz genommen: Das nicht zuletzt durch Niedrigsteuern erzielbare Wirtschaftswachstum von Ländern wie der Slowakei sei für die gesamte EU von Vorteil. Nur dadurch könne die EU ihr in Lissabon formuliertes Ziel erreichen, gegenüber den USA aufzuholen und zum stärksten Wirtschaftsraum der Welt zu werden. Mit Abstand größter Investor im Land ist übrigens Deutschland, und Volkswagen Slovakia ist für die Slowakei zugleich größter Exporteur und größter Arbeitgeber (mit ca. 9.000 Beschäftigten).

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Verbindungsbüro Bratislava**

Verantwortlich
Dr. Stefan Gehrold

Mitarbeit
Christoph Thanei

Zelená 8
811 01 Bratislava
Tel.: 00421-2-5441 9438
Fax: 00421-2-5441 9441
Email: kasslovak@nextra.sk
Web: www.kas.de/bratislava